

120

In Ihrer Branche findet ein Arbeitskampf mit Streik und Aussperrung statt. Welche Aussage über die finanziellen Leistungen ist richtig?

- 1 Die ausgesperrten, jedoch arbeitswilligen Arbeitnehmer erhalten von ihrem Arbeitgeber 50 Prozent ihres Entgelts.
- 2 Die ausgesperrten, nicht organisierten Arbeitnehmer erhalten Arbeitslosengeld I (ALG I).
- 3 Die in der Gewerkschaft organisierten und streikenden Arbeitnehmer erhalten von der Gewerkschaft ein Streikgeld.
- 4 Alle Arbeitnehmer erhalten von der Gewerkschaft ein Streikgeld, unabhängig davon, welcher Gewerkschaft sie angehören.
- 5 Alle Arbeitnehmer erhalten von der Agentur für Arbeit Kurzarbeitergeld, unabhängig davon, ob sie streiken oder ausgesperrt sind.

121

In welchem Gesetz ist die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer geregelt?

- 1 Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) – Arbeitsförderung
- 2 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)
- 3 Grundgesetz (GG)
- 4 Tarifvertragsgesetz (TVG)
- 5 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

122

Welche Aussage über das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) ist richtig?

- 1 Es regelt die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Vorständen der Unternehmungen.
- 2 Es enthält Grundsätze für den Arbeitskampf der Tarifvertragsparteien.
- 3 Es regelt die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat im Betrieb.
- 4 Es enthält Grundsätze für die betriebliche Altersversorgung.
- 5 Es regelt den Schutz besonderer Personengruppen, z. B. Schwerbehinderter, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

123

Welche der genannten Personengruppen wird *nicht* vom Betriebsrat vertreten?

- 1 Auszubildende und Praktikanten
- 2 Außertariflich bezahlte Arbeitnehmer
- 3 Ausländische Arbeitnehmer
- 4 Leitende Angestellte
- 5 Vom Betrieb beschäftigte Heimarbeiter

124

Welche der genannten Personen sind *keine* Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG)?

- 1 Heimarbeiter
- 2 Ausländische Arbeitnehmer
- 3 Auszubildende
- 4 Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft (AG)
- 5 Teilzeitbeschäftigte

125

Wer vertritt nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) die Arbeitnehmer innerhalb eines Betriebs?

- 1 Der Betriebsrat
- 2 Die Gewerkschaften, denen die im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer angehören
- 3 Die für den Betrieb zuständige Einzelgewerkschaft
- 4 Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Beamtenbund (DBB) gemeinsam
- 5 Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)

275

Welche Abteilung gehört zum kaufmännischen Bereich eines Großbetriebs?

- 1 Materialprüfung
- 2 Fertigung
- 3 Materialeinkauf
- 4 Arbeitsvorbereitung
- 5 Konstruktion

276

In welcher Auswahlantwort sind alle drei Abteilungen den Bereichen eines Industriebetriebs richtig zugeordnet?

	Beschaffung	Produktion	Absatz
1	Wareneingangskontrolle	Arbeitsvorbereitung	Materialeinkauf
2	Vertrieb	Wareneingangskontrolle	Qualitätskontrolle
3	Materialeinkauf	Konstruktion	Werbung
4	Arbeitsvorbereitung	Materialeinkauf	Buchhaltung
5	Personalplanung	Fertigungsplanung	Fertigungskontrolle

277

In welchem Beispiel kann man betriebswirtschaftlich von Investition sprechen?

- 1 Die Firma Weise kauft für die Werkstatt eine Tischbohrmaschine.
- 2 Familie Meier kauft einen neuen Kühlschrank.
- 3 Familie Schulz lässt sich einen neuen, sparsameren Brenner in ihre Heizung einbauen und erhält dafür Fördermittel.
- 4 Klaus kauft ein Fahrrad, um schneller zur Schule zu kommen.
- 5 Familie Müller lässt in ihrem Eigenheim neue Fenster mit höherer Wärmedämmung einbauen.

278

Welche Zielvorstellung steckt hinter dem Begriff Logistik?

- 1 Der richtige Preis, für die richtige Ware, in der richtigen Stückzahl, am richtigen Markt
- 2 Die geeignete Durchlaufzeit, für geeignete Materialien, in der geeigneten Stückzahl, am geeigneten Ort
- 3 Der richtige Mitarbeiter, mit genügender Motivation, am richtigen Arbeitsplatz
- 4 Die richtige Maschine, für das richtige Material, in der richtigen Stückzahl, am richtigen Ort
- 5 Das richtige Material, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, in der richtigen Menge, zu optimalen Kosten

279

Was ist unter Logistik im Unternehmen zu verstehen?

- 1 Die Bereitstellung von Waren zum Verkauf
- 2 Die Beratung beim Verkauf von Waren
- 3 Die Personalplanung und Beschaffung in Unternehmen und Einstellung von Personal
- 4 Die Abwicklung von Materialflüssen, von der Bestellung bis zur Versendung
- 5 Die Überwachung der Produktion, um Qualitätsmängel zu vermeiden

280

Bei welcher Produktion spielt der Produktionsfaktor Kapital die wichtigste Rolle?

- 1 Weinanbau
- 2 Anfertigung eines Gemäldes
- 3 Einzelfertigung von Bekleidungsstücken
- 4 Industrielle Herstellung von Werkzeugmaschinen
- 5 Kunsthandwerkliche Herstellung von Gebrauchsgegenständen

351

Ein Betrieb stellt nicht mehr alle in der Produktion benötigten Güter selbst her. Wie wird dies genannt?

- ① Organisation
- ② Arbeitsteilung
- ③ Technisierung
- ④ Rationalisierung
- ⑤ Konzentration

352

Eine Großunternehmung ist mit einer ganzen Reihe anderer Unternehmungen weltweit so verbunden, dass man von Muttergesellschaft und Tochtergesellschaften spricht. Wie wird ein solcher Unternehmenszusammenschluss bezeichnet?

- ① Konzern
- ② Syndikat
- ③ Trust
- ④ Kartell
- ⑤ Aktiengesellschaft

353

Wie wird die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland genannt?

- ① Soziale Marktwirtschaft
- ② Föderale Marktwirtschaft
- ③ Zentrale Marktwirtschaft
- ④ Sozialistische Marktwirtschaft
- ⑤ Freie Marktwirtschaft

354

Wie werden in einer Marktwirtschaft bei vollständiger Konkurrenz die Preise bestimmt?

- ① Alle orientieren sich am billigsten Anbieter.
- ② Ein Preiskartell der wichtigsten Anbieter legt die Preise fest.
- ③ Das Bundeswirtschaftsministerium legt die Preise fest.
- ④ Allein der Anbieter bestimmt die Preise.
- ⑤ Angebot und Nachfrage bestimmen die Preise.

355

Welche Aussage zum Modell der Marktwirtschaft ist richtig?

- ① Die freie Berufswahl ist eingeschränkt, um die Planerfüllung nicht zu gefährden.
- ② Die Preise werden vom Staat festgelegt.
- ③ Die Produktionsmittel sind Gemeineigentum.
- ④ Angebot und Nachfrage steuern den Markt.
- ⑤ Die Betriebe führen lediglich die Vorgaben der staatlichen Verwaltung aus.

Zu Aufgabe U48

**Sozialgesetzbuch Drittes Buch
(SGB III) – Arbeitsförderung**

§ 81 Grundsatz

(1) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können bei beruflicher Weiterbildung durch Übernahme der Weiterbildungskosten gefördert werden, wenn

1. die Weiterbildung notwendig ist, um sie bei Arbeitslosigkeit beruflich einzugliedern, eine ihnen drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden oder weil bei ihnen wegen fehlenden Berufsabschlusses die Notwendigkeit der Weiterbildung anerkannt ist,
2. die Agentur für Arbeit sie vor Beginn der Teilnahme beraten hat und
3. die Maßnahme und der Träger der Maßnahme für die Förderung zugelassen sind.

Als Weiterbildung gilt die Zeit vom ersten Tag bis zum letzten Tag der Maßnahme mit Unterrichtsveranstaltungen, es sei denn, die Maßnahme ist vorzeitig beendet worden.

(2) Anerkannt wird die Notwendigkeit der Weiterbildung bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wegen fehlenden Berufsabschlusses, wenn sie

1. über einen Berufsabschluss verfügen, jedoch aufgrund einer mehr als vier Jahre ausgeübten Beschäftigung in an- oder ungelernter Tätigkeit eine dem Berufsabschluss entsprechende Beschäftigung voraussichtlich nicht mehr ausüben können,

(...)

§ 83 Weiterbildungskosten

(1) Weiterbildungskosten sind die durch die Weiterbildung unmittelbar entstehenden

1. Lehrgangskosten und Kosten für die Eignungsfeststellung,
2. Fahrkosten,
3. Kosten für auswärtige Unterbringung und Verpflegung,
4. Kosten für die Betreuung von Kindern.

Zu Aufgabe U61

**Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V)
– Gesetzliche Krankenversicherung**

§ 175 Ausübung des Wahlrechts

(1) Die Ausübung des Wahlrechts ist gegenüber der gewählten Krankenkasse zu erklären. Diese darf die Mitgliedschaft nicht ablehnen.

(...)

(4) Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte sind an die Wahl der Krankenkasse mindestens 18 Monate gebunden, wenn sie das Wahlrecht ab dem 1. Januar 2002 ausüben. Eine Kündigung der Mitgliedschaft ist zum Ablauf des übernächsten Kalendermonats möglich, gerechnet von dem Monat, in dem das Mitglied die Kündigung erklärt. Die Krankenkasse hat dem Mitglied unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Kündigung eine Kündigungsbestätigung auszustellen. Die Kündigung wird wirksam, wenn das Mitglied innerhalb der Kündigungsfrist eine Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse durch eine Mitgliedsbescheinigung oder das Bestehen einer anderweitigen Absicherung im Krankheitsfall nachweist. Erhebt die Krankenkasse ab dem 1. Januar 2009 einen Zusatzbeitrag, erhöht sie ihren Zusatzbeitrag oder verringert sie ihre Prämienzahlung, kann die Mitgliedschaft abweichend von Satz 1 bis zur erstmaligen Fälligkeit der Beitragserhebung, der Beitragserhöhung oder der Prämienverringerung gekündigt werden. Die Krankenkasse hat ihre Mitglieder auf das Kündigungsrecht nach Satz 5 spätestens einen Monat vor erstmaliger Fälligkeit hinzuweisen. Kommt die Krankenkasse ihrer Hinweispflicht nach Satz 6 gegenüber einem Mitglied verspätet nach, verschiebt sich für dieses Mitglied die Erhebung oder die Erhöhung des Zusatzbeitrags und die Frist für die Ausübung des Sonderkündigungsrechts um den entsprechenden Zeitraum.

(...)